

"In breiter Front nach Asien"

Konturen deutscher Politik in Südostasien

Im 1979 von der Südasiengruppe in der Evangelischen Studentengemeinde Bochum – die später die Südostasien Informationsstelle gründete – herausgegebenen Buch "BRD-Interessen in Südostasien" heißt es im Vorwort: "Die Situation in der Region (ist) nur unter Berücksichtigung deren Einbindung in den kapitalistischen Weltmarkt als untergeordnete, neokolonial ausgebeutete Nationen zu verstehen."¹⁾

Im Jahr 1993 ist Südostasien (und das kapitalistische Ostasien mit temporärer Ausnahme Japans) "eine Region, die vor Selbstvertrauen strotzt"²⁾ und die sich zum Teil anschickt bzw. es bereits erreicht hat, eine arbeitsintensive Wirtschaft weitgehend aufzugeben und eine höhere technologische Basis zu erklimmen. Sie weist Wachstumsraten auf, "von denen man in den westlichen Industriestaaten nicht einmal zu träumen wagt"³⁾, schwärmt das Auswärtige Amt in Bonn.

Hat die kategorische Definition von 1979 sich also in Luft aufgelöst? Zumindest der äußere Anschein läßt diesen Schluß zu. Ausländische Staatsbesucher und Wirtschaftsdelegationen geben sich die Türklinke in die Hand – und treffen auf selbstbewußte Politiker und Industrielle, die zwar nach wie vor an Technologietransfer und Investitionen interessiert sind, aber angesichts ihrer ökonomischen Erfolge und/oder des Runs auf ihre Länder zunehmend selber die Spielregeln und Bedingungen der Kooperation definieren.

Kanzlerschelte an die Adresse der Wirtschaft

Anfang dieses Jahres machte der deutsche Bundeskanzler seine Aufwartung. Die Stationen von Kohls zweiwöchiger Asienreise: Indien, Singapur, Indonesien, Japan und Südkorea. Außer Thailand und China, das schon wegen seiner Größe, seines Potentials, aber auch aufgrund seiner speziellen politischen Situation immer einen Sonderbesuch wert ist, sind dies für die Bundesrepublik die strategisch wichtigsten Länder Süd-, Südost- und Ostasiens. In Tokio, kommentierte die Süddeutsche Zeitung ein wenig boshaft, habe Kohl die tiefe Bedeutung seines zweiwöchigen Ferntrips erkannt: "Asien ist der wichtigste Kontinent des 21. Jahrhunderts und bis dahin sind es nur noch ganze sieben Jahre." Deshalb habe er "aus Eigeninteresse einen mentalen Schub gegen die eurozentrische Sicht in Politik und Wirtschaft" verlangt

und die deutschen Manager aufgefordert, "ihre grauen Zellen mehr (zu) benutzen".⁴⁾ Wieder einmal schickt Deutschland sich an, auf politisch wie wirtschaftlich eher vernachlässigtem Terrain "Boden gutzumachen".

Jammern und Klagen über verpaßte Chancen in Asien hat – besonders in wirtschaftlich schwierigen Zeiten – eine lange Tradition bei deutschen Politikern und Unternehmern, wobei man sich meist gegenseitig mit Schuldzuweisungen bedachte. Die Firmen nörgelten über unzureichenden politischen und ökonomischen "Flankenschutz" sowie kontraproduktive (entwicklungs-) politische Rücksichtnahmen; die Bundesregierung bemängelte das prinzipiell geringe Interesse der Wirtschaft.

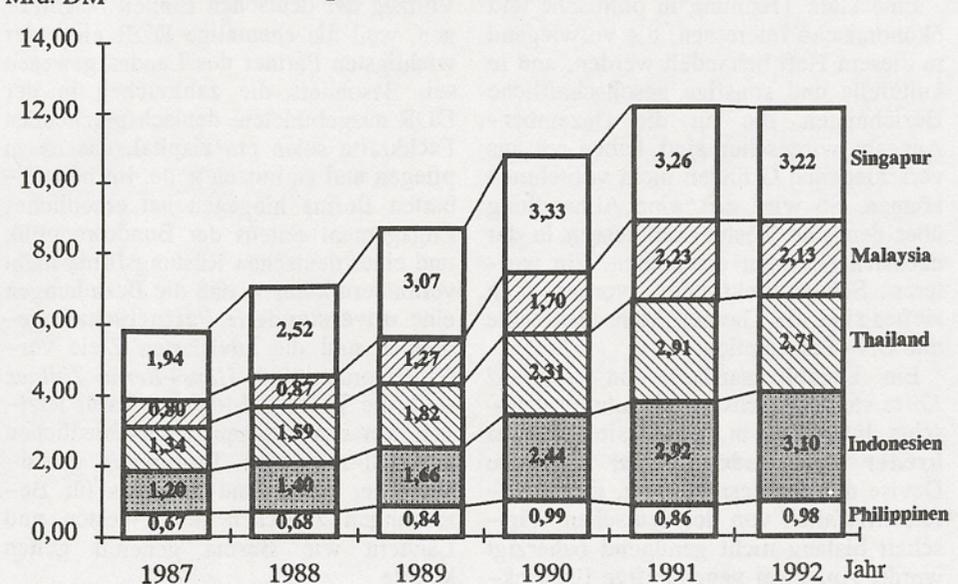
Viel Handel, wenig Präsenz

"Handelszuwächse überdurchschnittlich – Investitionen enttäuschend", so kommentieren auch deutsche Wirtschaftszeitungen seit etwa zwei Jahrzehnten mit sorgenvollem Chauvinismus die wirtschaftlichen Beziehungen der Bundesrepublik mit Asien. Deutschen Unternehmen werfen sie "Provinzialität und Mangel an Weitblick" vor und fordern unverblümt "aggressivere Strategien". Schließlich weist allein die ASEAN-Staatengemeinschaft nicht nur eine Landfläche von der eineinhalbfachen Größe der EG auf, sondern hat schon

heute ebensoviel Einwohner wie die EG – oder ganz Lateinamerika, mit steigender Kaufkraft. Ungeachtet erheblicher sozialer, kultureller und ökonomischer Unterschiede und einiger bilateraler Störzonen ist der Zusammenhalt der sechs Mitgliedsländer heute stärker als je zuvor. Ihre Bemühungen um engere politische und wirtschaftliche Kooperation untereinander werden z.B. konkretisiert durch das Anfang 1993 in Kraft getretene Asian Free Trade Agreement (Afta). Die Absicht, mittelfristig auch die Staaten des früheren Indochina formal einzubeziehen und der ausdrückliche Wunsch, sich gemeinsam mit den Ländern Ostasiens in Wirtschaftsangelegenheiten intensiver abzustimmen (dafür steht die von Malaysia entwickelte Idee einer Ostasiatischen Wirtschaftskommission EAEC), eröffnen zudem die Aussicht auf einen stabilen Binnenmarkt gewaltigen Ausmaßes. Ein "Megamarkt", jubilierten deutsche Bankfilialen in Asien, für Verbraucher – wie für Industrieprodukte.

In absoluten Zahlen hat der Handelsaustausch zwischen der Bundesrepublik und ASEAN zwar weiter zugenommen, doch angesichts des erheblich ausgeweiteten Import- und Exportvolumens dieser Länder ist die deutsche Position insbesondere gegenüber Japan, den USA und inzwischen auch Taiwan, Südkorea und Hongkong zurückgefallen. Bei den Investitionen rangieren deutsche Firmen unter ferner liefen. Eine von den EG- und ASEAN-Wirtschaftsministern 1985 in

Mrd. DM Deutsche Exporte in die ASEAN-Staaten 1987–1992



Auftrag gegebene Studie über die Ursachen des zögerlichen Engagements der Europäer in Südostasien war noch zu dem Schluß gelangt, daß dafür insbesondere das Fehlen eines einheitlichen Marktes verantwortlich sei. Wiederholte Appelle der EG, sich aktiver im südostasiatischen Wirtschaftsraum zu engagieren, haben denn auch bis heute wenig gefruchtet.

Globale Akteure sind rar in der BRD

Ein weiterer wichtiger Grund für die Zurückhaltung deutscher Firmen sei, so betonen Wirtschaftsverbände, die Struktur der deutschen Industrie, die vor allem von kleinen und mittleren Betrieben gekennzeichnet ist. Deutschland hat tatsächlich kaum "global players" US-amerikanischer, japanischer und teilweise auch britischer und niederländischer Dimension. Der einzige transnationale deutsche Industriekonzern, der in (Südost-) Asien auf fast allen Märkten eine bedeutende Rolle spielt – nicht selten unterstützt mit den Exportförderungsinstrumenten der Kreditanstalt für Wiederaufbau –, bleibt der Elektromulti Siemens, auch wenn die Chemieriesen Hoechst, BASF und Bayer ebenfalls in vielen Ländern Verkaufsniederlassungen und Produktionsanlagen haben. Dem Lockruf deutscher Banken, die, allen voran "die" Deutsche Bank, seit den siebziger Jahren verstärkt für Investitionen der heimischen Industrie im Pazifischen Becken werben und sich selbst zu Dutzenden vor allem in Singapur tummeln, sind nur wenige produzierende Firmen gefolgt. Deutsche Versicherun-

gen und Autohersteller interessieren sich mit wenigen Ausnahmen erst seit kurzem für die Region. Offensichtlich ist der gesamte Raum für die deutsche Wirtschaft – auch wegen fehlender kolonialer Erfahrung? – vor allem kulturell fremd geblieben.

Neue Strategiekonzepte von Politik und Wirtschaft

Im Wissen, daß Ost- und Südostasien neben Europa und Nordamerika eines der drei Zentren der Weltwirtschaft werden wird bzw. schon ist, soll sich dies – wieder einmal – ändern. Und dieses Mal zeichnet sich sogar eine konzertierte Aktion von Regierung und Wirtschaft ab. Beim Bundesverband der deutschen Industrie (BDI) in Köln basteln verschiedene Referate an einem neuen Konzept, das im Herbst der Öffentlichkeit vorgestellt werden wird. Noch deutlicher signalisiert die Einrichtung eines hochkarätig besetzten Asien-Pazifik-Ausschusses, daß tatsächlich etwas in Gang gesetzt werden soll.

Auch in der Bundesregierung regt sich was. Bereits im vergangenen Jahr hatte Außenminister Kinkel gemahnt: "Unsere Wirtschaft muß, um international wettbewerbsfähig zu bleiben, gerade auf den Märkten der asiatischen Staaten präsent sein. Schon deshalb ist eine intensive politische, kulturelle, wirtschaftliche und technologische Befassung mit Japan und den anderen Staaten des Pazifischen Beckens ein 'Muß' für eine führende Industrienation wie Deutschland!"⁵⁾

Erstaunlich zwar, aber es hat den Anschein, daß es bislang kein kohärentes, aktuelles Strategiekonzept der verschiedenen Ressorts der Bundesregierung im

Hinblick auf Asien gibt und daß es der persönlichen Eindrücke Kohls und Kinkels (u.a. in Vietnam) bedurfte, um die Bonner Regierungsbürokratie auf Trab zu bringen. Unter Federführung des Auswärtigen Amtes wurde daraufhin ein interministerielles Papier mit dem nüchternen Titel "Deutsche Asienpolitik" erarbeitet, das allerdings noch nicht autorisiert ist und deshalb unter Verschuß gehalten wird. Ein Entwurf des zuständigen Referenten im Außenministerium trägt hingegen die Überschrift "Für eine aktive deutsche Asienpolitik" und indiziert damit, daß zumindest aus seiner Sicht bislang eher reagiert worden ist.

Diktaturen kein Hindernis für Kooperation

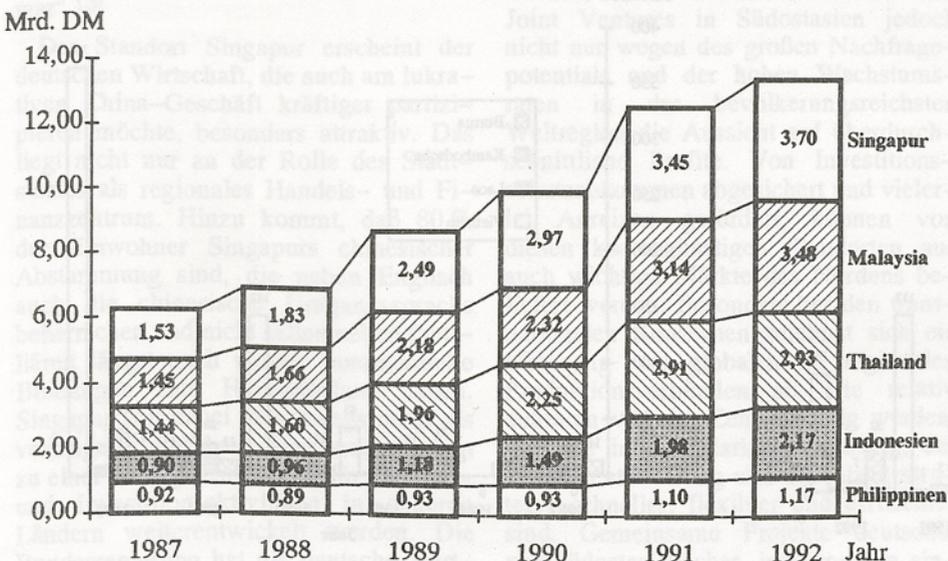
Diese Zurückhaltung ist keineswegs darin begründet, daß die meisten Länder Südostasiens autoritär regiert werden, euphemistisch auch "geführte Demokratie" genannt. Politische Stabilität und zentralisierte Kontrolle waren – neben Infrastruktur, Märkten, Lohnkosten, Produktivität und liberalen Investitionsbedingungen – für die deutsche Wirtschaft stets ein wichtigeres Kriterium für Standort- und Geschäftsentscheidungen als demokratische Verhältnisse mit unvorhersehbaren Mehrheitskonfigurationen und deshalb wenig abschätzbaren Richtungsänderungen. Ein Beispiel dafür ist das stark gestiegene Interesse an Vietnam. Das mag auf der betriebswirtschaftlichen Ebene noch plausibel sein; gemessen an den eigenen Ansprüchen sind es die hohen Toleranzwerte deutscher Regierungen gegenüber der Politik dieser Regime nicht. Ein besonders krasses Beispiel dafür ist die enge bilaterale Zusammenarbeit mit Indonesien. Helmut Kohl nannte sein jüngstes Zusammenreffen mit der indonesischen Führung einen "Besuch unter Freunden".

Ob die Vergabe von Mitteln der Entwicklungspolitik sich künftig tatsächlich an Kriterien wie Demokratisierung, Beachtung der Menschenrechte und Abrüstung orientieren wird, wie der zuständige Minister Spranger kurz nach seinem Amtsantritt verkündete, muß deshalb überall dort, wo Außen- und Entwicklungspolitik besonders deutlich im Dienst wirtschaftlicher Interessen stehen, bezweifelt werden. Vor allem Politiker aus asiatisch-pazifischen Staaten haben den "Versuch einer Instrumentalisierung der Menschenrechte" durch den Westen mehrfach scharf zurückgewiesen.

Wettbewerbsfähigkeit in Gefahr?

Die von der Bundesregierung ausgegebene Parole "In breiter Front nach Asien"⁶⁾ hängt eng mit der aktuellen Diskussion über die "Zukunftssicherung

Deutsche Importe aus den ASEAN-Staaten* 1987–1992



* ohne Brunei

des Wirtschaftsstandorts Deutschland" zusammen. Der Anfang September dem Kabinett zur Diskussion vorgelegte 100seitige Bericht des Wirtschaftsministeriums war vom Bundeskanzler im Frühjahr, nach seiner Asientour, in Auftrag gegeben worden. Die Furcht, in wichtigen Wettbewerbsfeldern den Anschluß an die Spitze zu verlieren, wird auch von den Leistungen der Konkurrenz aus (Süd-) Ostasien gespeist. Um dort überhaupt noch "offensiv" werden zu können, reicht ein nachholender Kraftakt allein wohl nicht mehr aus. Folgt man der Analyse der Regierung, liegt dies an der Schwäche Deutschlands und Europas in den Schlüsselbereichen der informati- onstechnischen Revolution. Die globale Wettbewerbsfähigkeit stehe auf dem Spiel. Laut Kinkel geht es nun darum, "gewisse Dinge von Japan (zu) lernen", um "eine Rückbesinnung auf Leistung sowie die Schärfung des Bewußtseins der Öffentlichkeit nicht nur für die Gefahren, sondern auch für die Chancen der neuen Technologien."⁷⁾

Im "vielstimmigen Chor über den Niedergang des Hochtechnologiestand- ortes Deutschland"⁸⁾ brummt die SPD- Opposition eine ganz andere Melodie. In der "Zeit" warf Peter Glotz kürzlich der Kohl-Regierung vor, sie habe wie keine andere Regierung zuvor "die Software, also Forschung, Bildung und Kultur" vernachlässigt. Bei Gütern mit hohem Forschungs- und Entwicklungsanteil wie der Informationstechnik, der System- technik und Miniaturisierung würden die Deutschen ihrer Konkurrenz hinterher- laufen und selbst im Pharmabereich müßten sie achtgeben. Sein Fazit: "Die Deutschen ... stecken in der Krise".⁹⁾

Welch ein Glück für "die Deutschen", daß viele südostasiatische Regierungen offensichtlich noch immer hohe Erwar-

tungen an sie richten. Sie tun dies im wesentlichen aus zwei Gründen. Erstens, weil ihre Exportstrategien durch ihre nach wie vor bestehende hohe Ausrich- tung auf den US-Absatzmarkt anfällig bleiben. Eine ihrer Sorgen ist, daß der wichtige EG-Binnenmarkt durch protek- tionistische Maßnahmen besonders zu Lasten ihrer Länder abgeschottet werden könnte. In die stärkste Wirtschafts- und Exportmacht der EG, die sich zumindest verbal deutlicher als ihre Nachbarn für freien Welthandel ausspricht, werden deshalb große Hoffnungen gesetzt, dies zu verhindern. Zweitens ist es aus der Sicht Südostasiens dringend erforderlich, durch ein größeres deutsches und euro- päisches Engagement auch die überpro- portionale Zunahme ostasiatischer, vor allem japanischer Investitionen in ihren Ländern auszugleichen und eine breitere technologische Basis zu entwickeln.

Japan baut Dominanz in Asien aus

Letzteres mag verwundern angesichts der generell hohen Einschätzung des industriellen und technologischen Potentials der vier "kleinen Tiger" und von Län- dern wie Malaysia, Thailand und - mit Einschränkungen - auch Indonesien, die sich nach Auffassung vieler Experten auf dem Weg zum 'Newly Industrialising Country'-Status befinden. Der Hong- konger Wirtschaftsberater Peter Evering- ton sah allerdings vor einigen Jahren selbst die "Tiger" noch 10 bis 20 Jahre hinter Japan zurückliegen und sagte ih- nen aufgrund der stärkeren Hinwendung Japans zu den asiatischen Nachbarn die Rolle wirtschaftlicher Satelliten des In- selstaates voraus.¹⁰⁾ Statistiken weisen zwar nach, daß der Anteil industrieller

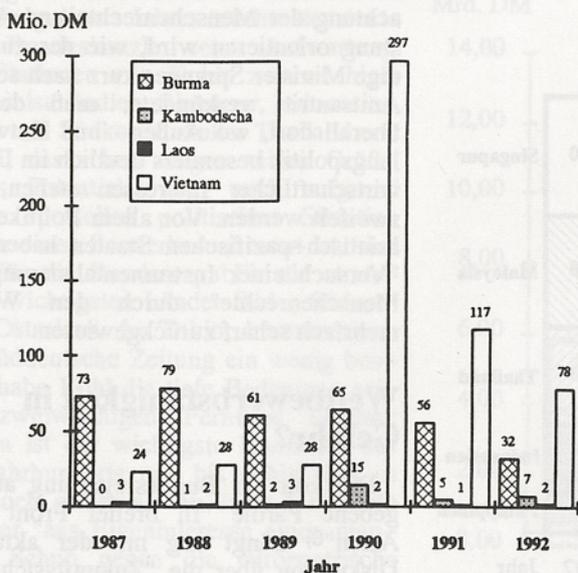
Fertigwarenexporte der ASEAN-Länder erheblich gestiegen ist. Doch die dabei dominierenden Erzeugnisse der Textil- und Elektronikindustrie weisen nach wie vor einen hohen Anteil zuvor importierter Komponenten auf - und sie stehen häufig unter ausländischer Kontrolle. Para- debeispiele wie das junge singapureani- sche Unternehmen Excel, das hochwertige CNC-Maschinen in Deutschland absetzen konnte, sind noch die Aus- nahme.

Sogar Taiwan und Südkorea sind nach Auffassung eines asiatischen Autoren- teams keineswegs technologisch weitge- hend autonome Industriestaaten, sondern befinden sich in größerer Abhängigkeit von Japan als je zuvor. Sie seien im we- sentlichen noch immer arbeitsintensive Montage-Stätten für ausländische, vor- wiegend japanische Teile. Die giganti- schen japanischen Investitionen in Süd- ostasien ab Mitte der achtziger Jahre hätten sogar noch bewußter die Integra- tion der regionalen Ökonomien um die japanische Kernwirtschaft herum ver- folgt. Auf diese Weise sei nicht so sehr eine regionale Wirtschaft mit mehreren Zentren entstanden, sondern die Regio- nalisierung der japanischen Industrie geschaffen worden.¹¹⁾

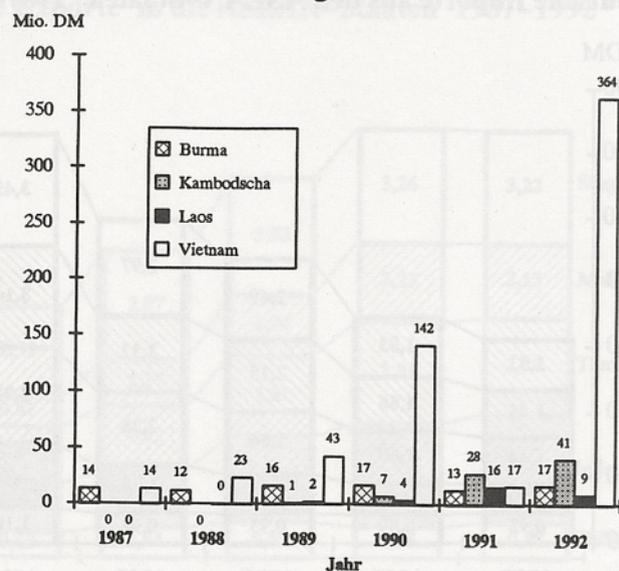
Reelle Partnerschaft und ein guter Ruf

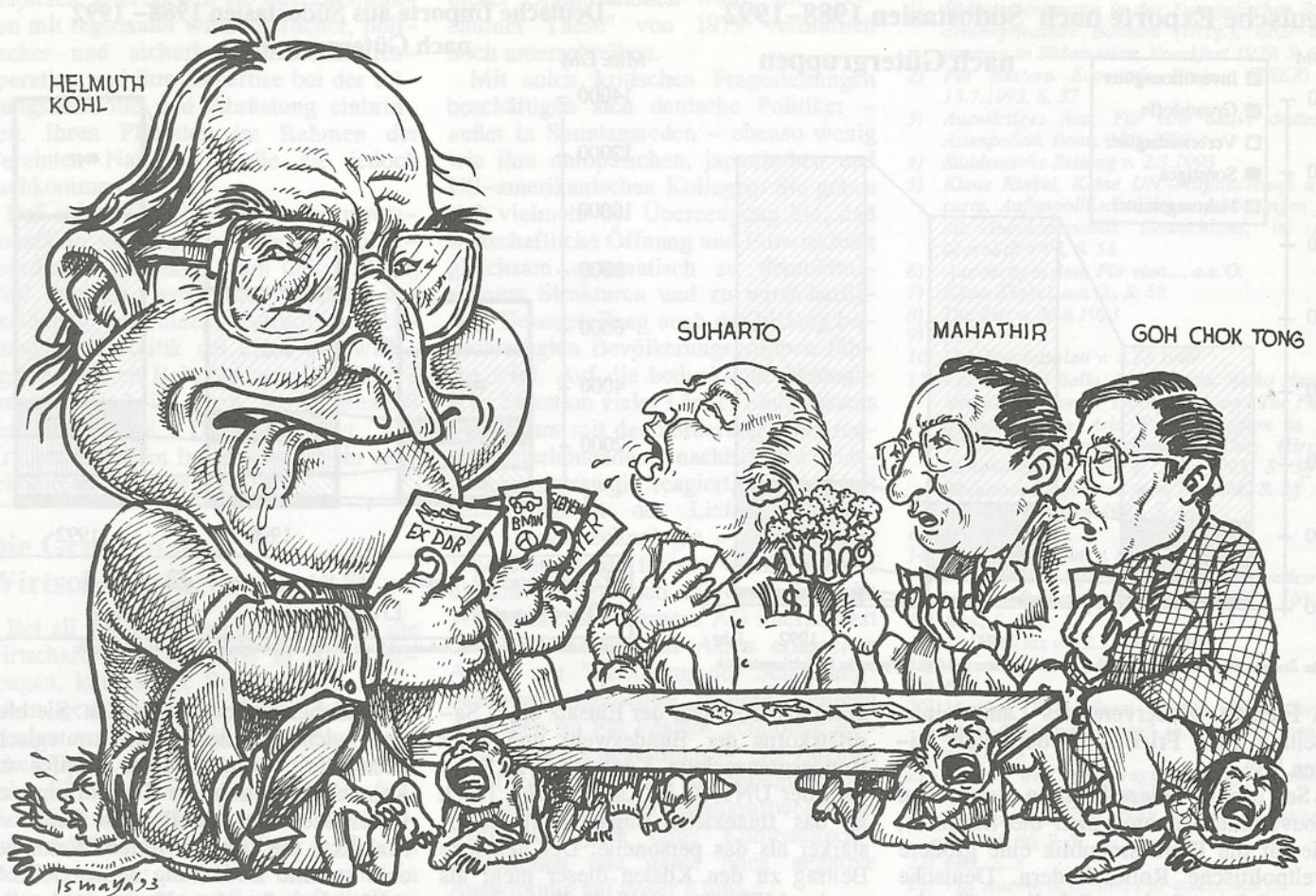
Genau an diesem Punkt wollen Politik und Wirtschaft Deutschlands offenbar den Hebel ansetzen, indem sie "zuverlässige Partnerschaft" (ein Seiten- hieb insbesondere auf Japan?) und den echten Transfer von Spitzentechnologie anbieten. Unter den südostasiatischen Ländern zeigen sich besonders Singapur und Malaysia, aber auch Indonesien

Deutsche Exporte nach Burma, Kambodscha, Laos und Vietnam im Vergleich 1987 - 1992



Deutsche Importe aus Burma, Kambodscha, Laos und Vietnam im Vergleich 1987-1992





daran interessiert. Dieses Unterfangen erscheint, auch wegen des guten Rufes deutscher Erzeugnisse, nicht gänzlich aussichtslos. Wie eine im Juli 1993 publizierte Meinungsumfrage des Hongkonger Wochenmagazins Far Eastern Economic Review unter 3.000 Managern nachwies, rangieren Produkte "Made in Germany" im Hinblick auf ihr Qualitätsrenommée noch immer auf Platz eins – vor Japan und den USA.¹²⁾ Die Frankfurter Allgemeine glaubt, der Bundesrepublik komme in Asien außerdem zugute, "daß sie nie Kolonialmacht war".¹³⁾

Der Standort Singapur erscheint der deutschen Wirtschaft, die auch am lukrativen China-Geschäft kräftiger partizipieren möchte, besonders attraktiv. Das liegt nicht nur an der Rolle des Stadtstaates als regionales Handels- und Finanzzentrum. Hinzu kommt, daß 80 % der Einwohner Singapurs chinesischer Abstammung sind, die neben Englisch auch die chinesische Umgangssprache beherrschen und nicht selten neben familiären längst auch wieder kommerzielle Bindungen zum Herkunftsland haben. Singapur soll dabei keineswegs mehr als verlängerte Werkbank fungieren, sondern zu einer strategischen Basis für Handels- und Investitionsaktivitäten in anderen Ländern weiterentwickelt werden. Die Bundesregierung hat die deutsche Wirt-

schaft deshalb dazu aufgefordert, der wissenschaftlich-technologischen Zusammenarbeit mit Singapur höchste Aufmerksamkeit zu widmen.

Sozialismus ade, Profite juchhe

Seit marktwirtschaftliche Konzepte über den ASEAN-Bereich hinaus auch in nominell weiterhin sozialistischen Staaten wie Vietnam und China realisiert werden, bieten Direktinvestitionen und Joint Ventures in Südostasien jedoch nicht nur wegen des großen Nachfragepotentials und der hohen Wachstumsraten in der bevölkerungsreichsten Weltregion die Aussicht auf überdurchschnittliche Profite. Von Investitionsschutzabkommen abgesichert und vielerlei Anreizen gefördert, können von diesen kostengünstigen Standorten aus auch wichtige Märkte des Nordens beliefert werden. Besonders bei den transnationalen Konzernen zeichnet sich ein Übergang von globalen zu regionalen Produktionsverbänden ab, die relativ autonom von der Zentrale tätig werden, weil sie in der Markteinschätzung, der Produktentwicklung und der Absatzstrategie schneller, flexibler und effizienter sind. Gemeinsame Projekte deutscher und südostasiatischer, insbesondere sin-

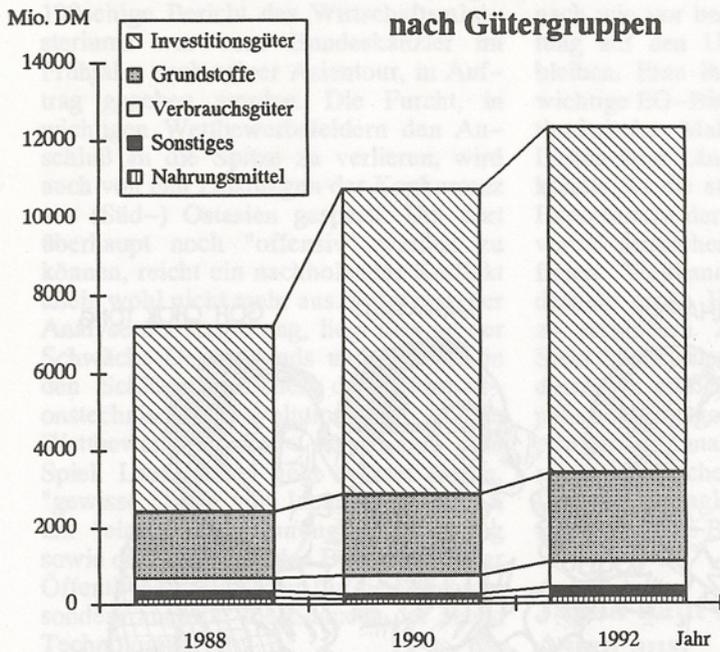
gapureanischer, Unternehmen in Drittländern bildeten denn auch einen Bestandteil der Wirtschaftsgespräche während Kohls Asienreise.

Besondere Bedeutung bei der Intensivierung der Zusammenarbeit mit Asien mißt die Bundesregierung den Auslandshandelskammern zu, die personell besser ausgestattet werden sollen. In Vietnam und China sind neue Kammern geplant. Flankierend sollen daneben Technologie- und Kooperationszentren aufgebaut und die Auslandsmesseförderung in der Asien-Pazifik-Region weiter verstärkt werden. Die Auslandsvertretungen sind bereits daran erinnert worden, daß die Förderung der Wirtschaftsinteressen Deutschlands eine vorrangige Aufgabe ist.¹⁴⁾

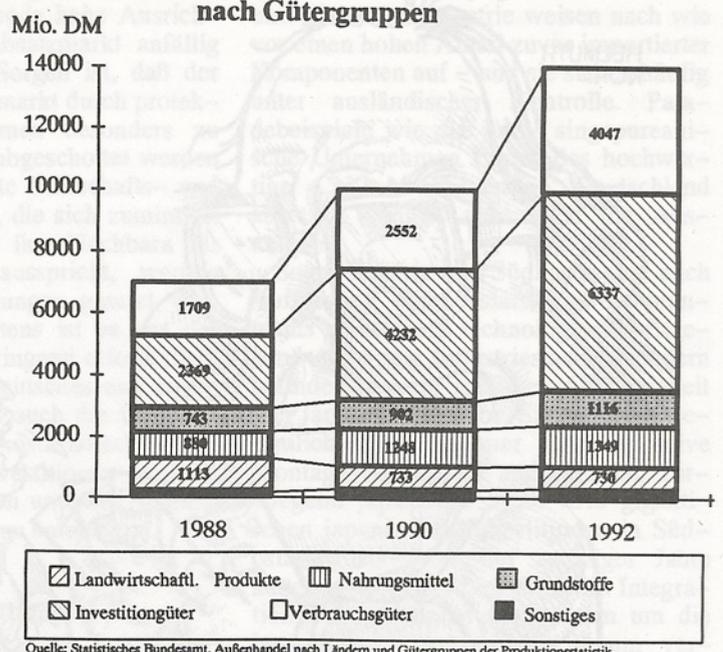
Frieden schaffen und Märkte sichern

Auch im sicherheitspolitischen Bereich zeigt die Bundesrepublik wieder Flagge in Asien. "Wir treten gemeinsam dafür ein, daß die Vereinten Nationen in die Lage versetzt werden, ihre zunehmenden Friedensaufgaben in vollem Umfang wahrzunehmen"¹⁵⁾, konstatierte Helmut Kohl in Singapur. In Korea, der letzten Station seiner Tour d'horizon, tönte der Kanzler sogar: "Deutschland will jetzt als

Deutsche Exporte nach Südostasien 1988-1992



Deutsche Importe aus Südostasien 1988-1992



in Freiheit wiedervereintes Land seinen Beitrag zum Frieden in der Welt leisten."¹⁶⁾

Seit der Wiedererlangung der vollen Souveränität mehren sich die Stimmen, die für die Bundesrepublik eine größere weltpolitische Rolle fordern. Deutsche Ansprüche auf einen Ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat sind mehrfach klar erhoben worden, wobei allenfalls Japan der Vortritt gelassen werden soll. Die im November 1992 ohne parlamentarische Mitwirkung verabschiedeten Verteidigungspolitischen Richtlinien weisen der Bundeswehr einen erheblich veränderten Auftrag zu, weil Deutschland als kontinentale Mittelmacht und exportabhängige Industrienation auf "die Aufrechterhaltung des freien Welthandels und ungehinderten Zugangs zu Märkten und Rohstoffen im Rahmen einer gerechten Weltwirtschaftsordnung" angewiesen sei.¹⁷⁾

Die Lage in Ostasien betrachtet die Bundesregierung zwar in absehbarer Zukunft "eher als stabil und im wesentlichen konfliktfrei".¹⁸⁾ Sie verhehlt aber nicht eine "gewisse Sorge" über die Modernisierung der Streitkräfte einiger Staaten, und zumindest hypothetisch mag sie auch eine künftige Zunahme von Spannungen nicht ausschließen: "Sollte sich allerdings niemals das im großen und ganzen kooperative Klima in Ostasien ändern, so könnte es zu Gleichgewichtsverschiebungen kommen, wodurch Rivalitäten und Konflikte angeheizt würden."¹⁹⁾

Neubelebung einer Achse?

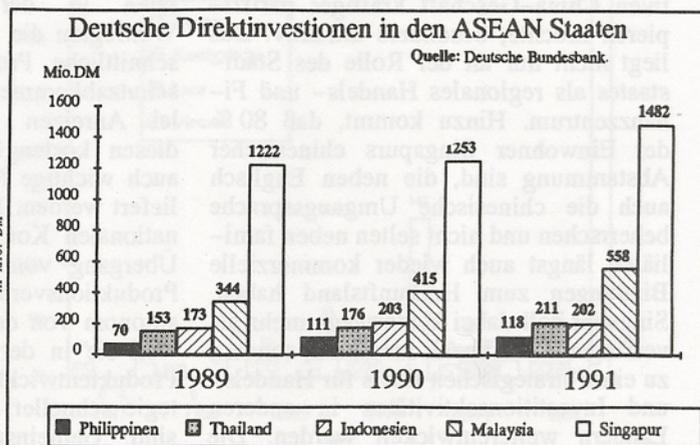
Erster sichtbarer Ausdruck der neudefinierten Außen- und Sicherheitspolitik

in Südostasien war der Einsatz eines Sanitätskorps der Bundeswehr und eines Bundesgrenzschutz-Kontingents im Rahmen der UNTAC in Kambodscha. Noch ist das finanzielle Engagement jedoch stärker als das personelle: Der deutsche Beitrag zu den Kosten dieser mehr als zwei Milliarden US-Dollar teuren Friedensmission betrug fast neun Prozent. Manche denken allerdings – öffentlich – schon weiter. "In einer UNO als 'Organ der Welt-Innenpolitik' könnten Deutschland und Japan ... zentrale Funktionen übernehmen", meint z.B. ein Mitarbeiter des Instituts für Asienkunde in Hamburg. "Allerdings erfordert das die Bereitschaft Japans und Deutschlands, zur Friedensherstellung und -sicherung begrenzte militärische Mittel einzusetzen, also auch an Kampfeinsätzen und nicht nur unbewaffneten "Blauhelm-Einsätzen" teilzunehmen. Eine größere weltpolitische Rolle für Japan und Deutschland verlangt aber auch die gemeinsame Abwehr von Bedrohungsmomenten für die Weltordnung. Gemeinsam müssen Japan und Deutschland einem latenten Isolationismus in den USA entgegenwirken ..."²⁰⁾

Die ASEAN-Länder waren jedoch nicht nur im Kalten Krieg wichtige politische Verbündete der Westmächte; sie sind nach wie vor abhängige Juniorpartner, wenngleich divergierende Interessen nunmehr

selbstsicherer vertreten werden. Sie bleiben wichtige Lieferanten strategischer Rohstoffe, darunter Zinn, Kupfer und Kautschuk. Durch ihr Territorium verlaufen Seewege, vor allem die Straße von Malakka, die für den freien Welthandel eine enorme Bedeutung haben. ASEAN gehört deshalb schon länger zu den Regionen, an deren politischer und wirtschaftlicher Unabhängigkeit und Stabilität die Bundesregierung in besonderem Maß interessiert ist. Damit begründete sie 1986 auch die aktive Förderung der "Bemühungen der ASEAN-Staaten um ... äußere Sicherheit".²¹⁾ Sie ging so weit, mit diesem Interesse und der "ausschließlich defensiv" ausgerichteten blockfreien Politik dieser Staaten "die grundsätzliche Gleichbehandlung der ASEAN-Länder mit den beim Rüstungsexport den NATO-Ländern gleichgestellten Staaten"²²⁾ zu rechtfertigen.

An der Konfliktschärfung und -begrenzung in Asien will die Bundesregie-



rung auch künftig nur unterstützend partizipieren. Hierzu will sie ihre Erfahrungen mit regionaler wirtschaftlicher, politischer und sicherheitspolitischer Kooperation und ihre Expertise bei der Rüstungskontrolle und Abrüstung einbringen. Ihren Pflichten im Rahmen der Vereinten Nationen wolle sie jedoch nachkommen.²³⁾

Daß solche Grundsätze sehr interpretationsfähig sind und notfalls auch übergeordneten Interessen zum Opfer fallen, wird deutlich, wenn die Aussage, das Festhalten an einer restriktiven Rüstungsexportpolitik sei einer der wichtigsten eigenen Beiträge zur Konfliktbegrenzung auch in Asien, an der Realität gemessen wird. Die Lieferung von Kriegsschiffen an Indonesien ist ein aufschlußreiches Exempel.

Die Grenzen des Wirtschaftswachstums

Bei all der Betriebsamkeit, welche die wirtschaftlichen Chancen in Asien erzeugen, kommt die Situation der Menschen gewöhnlich zu kurz. Analysiert werden meist nur die makroökonomischen Daten, die wenig über die tatsächliche Situation einzelner gesellschaftlicher Sektoren oder gar der Bevölkerungsmehrheit aussagen. Zwar weiß auch das Auswärtige Amt, daß die Armut in Asien nach wie vor groß ist, daß die Ungleichheit sogar noch zunimmt. In Südostasien trifft dies für die Mehrheit der Länder zu, vor allem für Indonesien, die Philippinen, Vietnam, Laos, Kambodscha, Burma und auch für Thailand. Doch die erstbeste Antwort darauf heißt: "Kontrolle des Bevölkerungswachstums."²⁴⁾

Ganz andere "Grenzen des Wachstums", die in der Praxis noch gar nicht richtig begriffen und gewürdigt würden, haben hingegen die im People's Plan for the 21st Century zusammengeschlossenen asiatischen NROs und Basisorganisationen ausgemacht. Das sind vor allem die besorgniserregende Umweltsituation sowie die einseitig ökonomische Ausrichtung von Entwicklung gemäß der Wachstumsstrategie, die "als anti-demokratisch betrachtet" wird. Denn diese erzeuge durch ihre Abhängigkeit von Marktmechanismen "von Natur aus Ungleichheit hinsichtlich

Besitz und Macht".²⁵⁾ Die Mehrheit dieser Organisationen würde die "Bochumer These" von 1979 vermutlich noch unterschreiben.

Mit solch kritischen Fragestellungen beschäftigen sich deutsche Politiker – außer in Sonntagsreden – ebenso wenig wie ihre europäischen, japanischen und US-amerikanischen Kollegen. Sie geben sich vielmehr der Überzeugung hin, daß wirtschaftliche Öffnung und Entwicklung gleichsam automatisch zu demokratischeren Strukturen und zu wirtschaftlicher Besserstellung auch der bislang benachteiligten Bevölkerungsgruppen führen wird. Auf die bedenkliche ökologische Situation vieler Länder Südostasiens wird kaum mit der Förderung einer ressourcenschonenden, nachhaltigen Entwicklungsstrategie reagiert, sondern mit dem Angebot der Lieferung neuester Umwelttechnologie – ein weiterer Wachstumsmarkt für die wenigstens auf diesem Gebiet noch führende deutsche Wirtschaft. Die Siemens AG interpretiert den vom Kanzler in Asien erlassenen Aufruf zur "Erhaltung der Schöpfung" besonders eigenwillig. In doppelseitigen Anzeigen im Far Eastern Economic Review dient sie neuerdings – "Der Zukunft verpflichtet" – den energiehungrigen Ländern der Region Atomkraftwerke an: "Stromerzeugung ohne Kohlendioxid-Emissionen und daher ohne negative Auswirkung auf unser Klima."

Gebhard Körte

Der Autor hat einige Jahre als freier Journalist in den Philippinen gearbeitet. Er ist zur Zeit hauptamtliches Redaktionsmitglied.

Anmerkungen:

- 1) Südostasiengruppe in der Evangelischen Studentengemeinde Bochum (Hrsg.), BRD-Interessen in Südostasien, Frankfurt 1979, S. 1
- 2) Far Eastern Economic Review (FEER) v. 15.7.1993, S. 37
- 3) Auswärtiges Amt, Für eine aktive deutsche Asienpolitik, Bonn, 10.5.1993
- 4) Süddeutsche Zeitung v. 2.3.1993
- 5) Klaus Kinkel, Keine UN-Mitgliedschaft à la carte. Außenpolitische Herausforderungen für die Bundesrepublik Deutschland, in: der überblick 4/92, S. 58
- 6) Auswärtiges Amt, Für eine..., a.a.O.
- 7) Klaus Kinkel, a.a.O., S. 58
- 8) Die Zeit v. 20.8.1993
- 9) Ebd.
- 10) Vgl. Handelsblatt v. 2.12.1989
- 11) Vgl. Walden Bello, Ria Pugeda, Akiko Naone, Marginalization or Transformation? The Philippines in the Asia-Pacific Region in the 1990s, in: Transnational Institute (Hrsg.), Bulletin Series, No. 1, July 1993, S. 3ff u. Südostasien Informationen, Nr. 2/86, S. 2ff
- 12) Vgl. FEER v. 15.7.1993, S. 48ff
- 13) FAZ v. 25.2.93
- 14) Vgl. Handelsblatt v. 05.08.93
- 15) Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Bulletin Nr. 20, 10.03.1993, S. 163
- 16) Ebd., S. 172
- 17) Zit. nach taz v. 22.5.1993
- 18) Auswärtiges Amt, Für eine..., a.a.O.
- 19) Ebd.
- 20) Manfred Pohl, Bonn ist für Tokio Garant gegen "Festung Europa", in: Welt am Sonntag v. 21.2.93
- 21) Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Frau Eid und der Fraktion DIE GRÜNEN, Drucksache 10/5628 v. 09.06.86, S. 3
- 22) Ebd., S. 3
- 23) Vgl. Auswärtiges Amt, Für eine..., a.a.O.
- 24) Vgl. Auswärtiges Amt, Für eine..., a.a.O.
- 25) Südostasien Informationen, Nr. 1/1993, S. 7



Deutsche Technologie für Asiens Umweltprobleme

Foto: SOA-Archiv